

Niederschrift über die 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

Sitzung am :	Dienstag, den 22.10.2024
Sitzungsort:	Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 19:58 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen sind 31 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Daniel Beegen
Heike Bertram
Ingo Eckardt
Cornelia Erhardt
Sven Gerbeth
Helmar Gerisch
Stefan Golle
Yvonne Gruber
Jens Heinritz
Ronny Hering

Stimmberechtigtes Mitglied

Eric Holtschke
Christian Kellner
Kerstin Knabe
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Maike Kühn
Lars Legath
Steffi Liedtke
Monika Mühle
Michael Petzold
Thomas Salzmann

Stimmberechtigtes Mitglied

Georg Schatzberg
Tim Schuster
Maik Schwarz
Diana Simon
Bernd Stubenrauch
Diana Tarnawski
Stephan Uhlig
Mary Wachsmuth
Mathias Weiser
Markus Witte

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stimmberechtigtes Mitglied

Lars Gruber	zeitweise anwesend ab TOP 4.1.
Sebastian Heydel	zeitweise anwesend ab TOP 4.2.
Rico Kusche	zeitweise anwesend bis TOP 4.7.
Petra Rank	zeitweise anwesend bis TOP 5.
Jörg Schmidt	zeitweise anwesend ab TOP 4.7.
Diana Zierold	zeitweise anwesend ab TOP 4.2.

Abwesende:

Abwesend sind 5 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stimmberechtigtes Mitglied

Dieter Blechschmidt
Frank Erhardt
Alexandra Glied
Claudia Hänzel
Christian Hermann

Abwesenheitsgrund

entschuldigt (dienstlich)
entschuldigt (dienstlich)
entschuldigt (privat)
entschuldigt (privat)
entschuldigt (dienstlich)

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Kerstin Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Tobias Kämpf	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister/Sitzungsdienst	zu allen TOP
Peggy Hein	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
André Körner	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Martin Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Sascha Giller	Justitiar	zu allen TOP
Carola Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	zu allen TOP
Nadja Friedländer-Schmidt	Leiterin Fachbereich Bürgerservice	öffentlicher Teil
Eric Hoffmann	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	zu allen TOP
Nadine Läster	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Sebastian Barg	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Kerstin Karch	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	zu allen TOP
Lutz Armbruster	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Dr. Renè Schreiter	Leiter Fachgebiet Brandschutz	öffentlicher Teil
Markus Löffler	Leiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	zu allen TOP
Andreas Nickel	Leiter Team Gesamthaushalt	bis TOP 4.2.
Frau Schneider	stellv. Leiterin Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Lars Buchmann	Gleichstellungsbeauftragter	zu allen TOP
Heidi Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Marcel Fröbisch	Personalrat	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen	zu allen TOP
Frau Zobel, SPD/Initiative-Fraktion	zu allen TOP
Frau Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht	zu allen TOP
Vertreter der Presse	

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2. Verpflichtung von am 09.06.2024 gewählten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen
- 1.3. Tagesordnung
- 1.4. Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 03.09.2024
- 1.5. Beantwortung von Anfragen
- 1.6. Informationen des Oberbürgermeisters
2. 1. Lesung zum Haushaltsplan 2025/2026
3. **Information**
- 3.1. Berichterstattung zum Haushaltsplan per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2024
INV-006/2024
4. **Beschlussfassung**
- 4.1. Berufung von sachkundigen Einwohnern
BSV-040/2024
- 4.2. Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze 2025 der Stadt Plauen (Grundsteuerhebesatzsatzung 2025)
BSV-032/2024
- 4.3. Ertragssteuerliche Einlage von Geschäftsanteilen an der Kommunale Beteiligungs-gesellschaft mbH an der eniva und von Aktien an der envia Mitteldeutsche Energie AG in den Betrieb gewerblicher Art Sportstätten der Stadt Plauen
BSV-030/2024
- 4.4. Satzung über die Benutzung und Gebühren der Notunterkünfte Chrieschwitz der Stadt Plauen
BSV-017/2024

- 4.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2022 des EigB GAV
BSV-031/2024
- 4.6. Erschließung Flurstücke 437 und 438/4 der Gemarkung Neundorf - ehem. Rittergut
BSV-024/2024
- 4.7. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Außendarstellung der „Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus“ mit Weisbachschem Garten
BSV-028/2024
- 4.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für die Unterhaltung der Gemeindestraßen
BSV-016/2024
- 4.9. Antrag der CDU-Fraktion (alte Wahlperiode) - Prüfung bez. Umsetzung „Thomas-Küttler-Platz“ mit Gedenktafel und Straßenschild,
Reg.-Nr. 405-24 - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung

Die 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung von Oberbürgermeister Steffen Zenner eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, und Stadtrat Mathias Weiser, Vorsitzender der AfD-Fraktion, bestellt.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Stadtrates der Stadt Plauen mit 34 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates (einschließlich Oberbürgermeister Zenner) gewährleistet ist.

1.2. Verpflichtung von am 09.06.2024 gewählten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen

Oberbürgermeister Zenner informiert mit, dass Frau Janet Hartenstein die Wahl zur Stadträtin der Stadt Plauen am 02.09.2024 abgelehnt hat.

Nach dem vom Gemeindevwahlausschuss festgestellten Wahlergebnis der Kommunalwahl vom 26.05.2019 ist Herr Max-Dominik Windisch der Bewerber des Wahlvorschlages der Alternative für Deutschland (AfD) mit den meisten Stimmen, auf den bisher kein Sitz entfallen ist. Ablehnungs- oder Hinderungsgründe für sein Nachrücken gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO sind nicht ersichtlich oder geltend gemacht.

Herr Windisch hat mit Schreiben vom 13.09.2024 erklärt, dass er das Mandat als Stadtrat der Stadt Plauen annimmt.

Weiterhin teilt Oberbürgermeister Zenner mit, dass Herr Jens Heinritz, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, zur konstituierenden Sitzung am 03.09.2024 entschuldigt war und noch nicht vereidigt werden konnte.

Oberbürgermeister Zenner bittet Herrn Windisch und Herrn Heinritz für ihre Vereidigung als Stadtrat der Stadt Plauen nach vorn.

Beide Herren haben ihre jeweiligen Verpflichtungsschreiben erhalten.

Oberbürgermeister Zenner verliest den Verpflichtungstext gemäß § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen, welcher um Gesetzestexte zur Verschwiegenheitspflicht und zur Befangenheitsfrage (wie nachfolgend aufgeführt) erweitert wurde.

Oberbürgermeister Zenner macht die beiden neuen Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen ausdrücklich auf diese Pflichten aufmerksam.

Nach dem Verlesen und Nachsprechen der Verpflichtungserklärung werden die beiden neuen Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen gebeten, die Verpflichtungsschreiben zu unterzeichnen.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass beide Herren ihre Verpflichtungsschreiben unterzeichnet haben und damit die vorgeschriebene öffentliche Verpflichtung der Stadträte durch den Oberbürgermeister erfolgt ist.

1.3. Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche oder Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

1.4. Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 03.09.2024

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Konstituierenden Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 03.09.2024 fest.

1.5. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung.

1.6. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner macht die Mitglieder des Stadtrates auf die neue Werbekampagne der Stadt Plauen aufmerksam: „Innenstadt gestalten – Regionalware entfalten“. Im November 2024 wird der Laden „Regionalware“ an der Bahnhofstraße/Ecke Rädelsstraße eröffnet. Dort sollen frische und regionale Produkte direkt aus dem Vogtland angeboten werden.

Gleichzeitig wird eine Imagekampagne für die Stadt Plauen mit „Spitzengeschichten“ auf den Weg gebracht. Hier kann sich jeder Plauener mit einer eigenen Geschichte zu seiner Heimatstadt beteiligen.

Oberbürgermeister Zenner weist in diesem Zusammenhang auf den Link www.plauen.de/Ideenfinder hin.

Oberbürgermeister Zenner begrüßt an dieser Stelle Herrn Polizeirat Daniel Kurzbach, Leiter des Polizeireviers Plauen.

Oberbürgermeister Zenner erteilt Herrn Kurzbach das Rederecht und bittet um Ausführungen zur aktuellen Situation der Jugendkriminalität in Plauen.

Herr Polizeirat Daniel Kurzbach teilt mit, dass eine Häufung von Straftaten in Plauen seit September 2024 zu verzeichnen sei. Vorwiegend waren dies zunächst Eigentumsdelikte (Einbrüche in den 24-Stunden-Automatenshop). Ab Oktober 2024 gab es auch Straftaten zu Körperverletzungen und Raub. Es wurde festgestellt, dass es einen Schwerpunkt zu diesen Straftaten in Plauen gäbe und man habe sich zeitnah dazu entschieden, hier konzentriert vorzugehen. Es wurde festgestellt, dass es sich vorwiegend um Jugendliche und teilweise Kinder handelt, welche hier in Erscheinung treten. In Federführung des Kommissariats für Jugendkriminalität wurde daraufhin die Entscheidung getroffen, eine entsprechende Ermittlungsgruppe „Aura“ einzurichten. Diese Ermittlungsgruppe arbeitet seit Montag, 21.10.2024.

Der Sitz dieser Ermittlungsgruppe ist in Plauen, um schnell reagieren und Ermittlungen zielgerichtet vornehmen zu können. Die Verantwortung für die Ermittlungsgruppe trägt alleine die Kriminalpolizei Zwickau. Die Leitung der Ermittlungsgruppe obliegt dem o. g. Kommissariat für Jugendkriminalität, welches auch die überwiegende Anzahl der eingesetzten Beamten stellt.

Ziel dieser Ermittlungsgruppe sei es, die Ermittlungen zu bündeln und strafrechtliche Vorgänge so schnell als möglich abzuwickeln und der zuständigen Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Gleichzeitig gäbe es eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem zuständigen Jugendamt.

Herr Kurzbach führt weiter aus, dass auch die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Plauen gelebte Praxis sei. Hierfür bedankt er sich und stellt heraus, dass es nur gemeinsam mit der Stadt Plauen und den o. g. Behörden und Institutionen gelingen könne, dem Schwerpunkt zeitnah zu begegnen und das Sicherheitsgefühl für die Bewohner Plauens wieder herstellen zu können.

Herr Kurzbach weist darauf hin, dass es sich um jugendliche Personen handelt. So werden neben den strafrechtlichen Ermittlungen auch erzieherische Maßnahmen geprüft und über das Jugendamt umgesetzt.

Gleichzeitig sei aber der Jugendschutz zu beachten, welcher allerdings ein Stück weit im Widerspruch zum berechtigten Interesse bezüglich der Weitergabe von Informationen an den Stadtrat oder an die Bevölkerung stünde. Es würde aber versucht, alle Interessen in Einklang zu bringen und angemessen zu informieren.

Herr Kurzbach könne versichern, dass die Präsenz der Einsatzkräfte im Stadtgebiet Plauen weitergeführt werden soll.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, für ihn sei es wichtig, dass neues Personal für diese Ermittlungsgruppe eingesetzt würde. Er bedankt sich bei Herrn Kurzbach für die schnelle Unterstützung und hofft auf eine deutliche Befriedung der Plauener Innenstadt.

Oberbürgermeister Zenner informiert über verschiedene Veranstaltungen, welche im Rahmen des 35. Jahrestages „Friedliche Revolution“ in Plauen stattgefunden haben. Er bedankt sich beim Verein „Vogtland 89“ für die Gestaltung der Ausstellung im Rathausfoyer.

Am 09.10.2024 war der „Sonderzug nach Leipzig“ unterwegs. Dieses Projekt, welches im Zusammenhang mit der Bewerbung für das Transformationszentrum auf den Weg gebracht wurde, habe mittlerweile guten Anklang gefunden. Die Stadt Plauen habe damit überregionale Aufmerksamkeit erhalten.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass er dieses Projekt am 28.10.2024 in der Nationalbibliothek in Frankfurt am Main bei einer großen Pressekonferenz vorstellen darf.

2. 1. Lesung Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass nicht nur die Stadt Plauen vor allgemein schwierigen Zeiten stünde. Ein Drittel der sächsischen Kommunen habe bis heute noch keinen Haushalt für das laufende Haushaltsjahr 2024 aufstellen können.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Stadt Plauen bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2025/2026 unternehmerisch denken wolle, um die Unternehmen der Region zu unterstützen. Deshalb wäre es falsch, Investitionen komplett zu vermeiden. Außerdem sollten begonnene Maßnahmen auf jeden Fall zu Ende geführt werden.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, trägt Ihre Rede zur 1. Lesung des Haushaltes 2025/2026 für die Stadt Plauen vor. Diese Rede und die dazugehörige Präsentation werden im Ratsinformationssystem „session“ bei diesem Tagesordnungspunkt hinterlegt.

Frau Hein macht zum Abschluss ihrer Rede auf die Frist zur Einreichung Ihrer Änderungsvorschläge aufmerksam. Diese endet am 12.11.2024.

Der Terminplan für die Erstellung des Haushaltsplanes 2025/2026 wurde bereits im Februar 2024 bekannt gegeben und an die Fraktionen mit Bereitstellung des Links zum Haushalt per Mail versandt.

Frau Hein bittet dringend um Einhaltung dieses Termins, damit die Verwaltung in der sehr kurzen zur Verfügung stehenden Zeit eine sachgerechte Stellungnahme erarbeiten könne.

Es sollten nur konkret veranschlagungsreife und haushaltsrelevante Änderungsvorschläge für die Stadtratssitzung am 17.12.2024 eingereicht werden.

Frau Hein weist darauf hin, dass die Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplan ab diesem Jahr ausschließlich elektronisch angenommen werden. Dazu wurde eine Mail mit dem entsprechenden Link versandt.

Frau Hein bittet ausdrücklich darum, bei der Betrachtung und Wertung des Haushaltsplanentwurfes 2025/2026 insbesondere die finanzielle Lage und die immer geringeren Möglichkeiten des Handlungsspielraumes zu beachten. Voraussetzung zur Umsetzung der Investitionen sei die Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

Frau Hein bedankt sich abschließend für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Geschäfts- und Fachbereichen und besonders bei ihrem Team, welches ermöglicht hat, den Haushaltsplanentwurf 2025/2026 termingerecht vorlegen zu können.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass dies wohl ein Haushalt unter Konsolidierungsaufgaben sein wird. Er bittet die Fraktionen zu beachten, dass für mögliche zusätzliche Maßnahmen und Aufgaben der finanzielle Spielraum nicht mehr gegeben sei. Wichtig sei, dass die Stadt Plauen einen genehmigungsfähigen Haushalt bei der Rechtsaufsicht vorlegen könne.

3. Information

3.1. **Berichterstattung zum Haushaltsplan per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2024** **INV-006/2024**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt dieser Vorlage. Sie teilt u. a. mit, dass es sich abzeichnen würde, dass die Stadt keine Eigenmittel für Investitionen einsetzen könne, deshalb sei man auch auf Kreditaufnahmen angewiesen. Aufgrund der weiter anhaltenden schlechten Rahmenbedingungen sei eine strikte Haushaltsdisziplin in allen Bereichen unumgänglich. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit seien unverzichtbar.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass man davon ausgehen müsse, dass die Volkswirtschaft ein jährliches Wachstum von 1 % bräuchte, um den aktuellen Wohlstand erhalten zu können. In den nächsten Jahren könnten aber nur maximal 0,5 % Wirtschaftswachstum erreicht werden. Allgemein käme es in Deutschland dadurch zu einem Wohlstandsverlust. Unter diesen Rahmenbedingungen müsse man gemeinsam den Haushalt der Stadt Plauen für die nächsten Jahre aufstellen.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage dargestellte „Berichterstattung zum Haushaltsplan 2024 per 30.06.mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2024“ zur Kenntnis.

4. Beschlussfassung

4.1. **Berufung von sachkundigen Einwohnern** **BSV-040/2024**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft nach § 44 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich nachfolgend aufgeführte sachkundige Einwohner in die jeweiligen Ausschüsse:

1. Herrn Uwe Geisler in den Verwaltungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-1

2. Herrn Fabrice Franke in den Verwaltungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-2

3. Frau Claudia Weise in den Bildungs- und Sozialausschuss.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-3

4. Herrn Robert Thomas in den Kultur- und Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-4

**4.2. Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze 2025 der Stadt Plauen
(Grundsteuerhebesatzsatzung 2025)
BSV-032/2024**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage. Diese Präsentation ist Ratsinformationssystem „session“ beim entsprechenden Tagesordnungspunkt hinterlegt.

Frau Hein betont, dass es wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger dahingehend zu sensibilisieren, auf den neuen Grundsteuerbescheid 2025 zu warten, bevor eine Zahlung erfolgt. Ein entsprechendes Hinweisschreiben hierzu wird vom Fachbereich Finanzverwaltung versandt. Auch auf der Homepage der Stadt Plauen werden aktuelle Informationen eingepflegt. Die evtl. nach altem Bescheid geleisteten Zahlungen könnten nicht verrechnet werden. Diese müssten also zurücküberwiesen und ein neuer Bescheid mit den aktuellen Messwerten ausgestellt werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei der Verwaltung, insbesondere bei der Kämmerin dafür, dass man im Zuge der Grundsteuerreform die Hebesätze für die Stadt Plauen beibehalten habe. Es sei aber auch wichtig, dass hierzu eine kontinuierliche Prüfung erfolgt und Hebesätze ggf. angepasst werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt

1. die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Stadt Plauen in einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2025;
2. die Evaluierung der Grundsteuerhebesätze im 2. Halbjahr 2025 hinsichtlich der Neutralität zum Gesamtaufkommen der Grundsteuer aus dem Haushaltjahr 2024 und Berichterstattung an den Stadtrat.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-5**

**4.3. Ertragssteuerliche Einlage von Geschäftsanteilen an der Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der eniva und von Aktien an der envia Mitteldeutsche Energie AG in den Betrieb gewerblicher Art Sportstätten der Stadt Plauen
BSV-030/2024**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, bittet um Erläuterung, was ein „Betrieb gewerblicher Art Sportstätten“ ist.

Frau Hein antwortet, dass Betriebe gewerblicher Art aus dem Haushalt herausgebildet werden. Es gibt mehrere Betriebe gewerblicher Art im Haushalt der Stadt Plauen. Sie sind keine eigenständigen Konstrukte, sondern stellen lediglich die Berechnung der Ausgaben und Erträge in einer Nebenrechnung dar. Die Verluste werden mit den Gewinnen verrechnet, wodurch die Kapitalertragssteuer eingespart werden könne. Es entstehen keine Folgekosten, da die Stadt Plauen die Abrechnungen und Abschlüsse selbst vornimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. Die Beteiligungen (Geschäftsanteile) der Stadt Plauen an der KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia

Nr. 237 in Höhe von 103.280 EUR
Nr. 238 in Höhe von 44.300 EUR
Nr. 437 in Höhe von 99 EUR

werden mit sofortiger Wirkung dauerhaft in den Betrieb gewerblicher Art (BgA) Sportstätten zu dessen Ergebnisverbesserung/Ertragsstärkung eingelegt.

2. Die Beteiligung der Stadt Plauen als Aktionärin an der envia Mitteldeutsche Energie AG in Form des Besitzes von 21.654 Stückaktien der envia Mitteldeutsche Energie AG wird mit sofortiger Wirkung dauerhaft in den Betrieb gewerblicher Art (BgA) Sportstätten zu dessen Ergebnisverbesserung/Ertragsstärkung eingelegt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zum Vollzug der unter Beschlusspunkt 1 und Beschlusspunkt 2 gefassten Beschlüsse notwendigen Erklärungen gegenüber dem Finanzamt Plauen und den betroffenen Gesellschaften abzugeben.

Abstimmungsergebnis: 37Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

4.4. Satzung über die Benutzung und Gebühren der Notunterkünfte Chrieschwitz der Stadt Plauen BSV-017/2024

Herr Eric Hoffmann, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, freut sich, dass die Verwaltung sich des Antrages ihrer Fraktion angenommen und Abhilfe zu den Zuständen in der ehemaligen Unterkunft Stöckigter Straße geschaffen hat.

Stadträtin Rank fragt nach, ob auch Auswärtige in den Notunterkünften der Stadt Plauen untergebracht werden können oder ob diese nur für Plauener zur Verfügung stehen.

Herr Hoffmann antwortet, dass die Stadtverwaltung Plauen als „Ortspolizei“ die Aufgaben habe, Gefahren abzuwenden - insbesondere durch die unfreiwillige Obdachlosigkeit für den Betroffenen selbst als auch für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Dieser Aufgabe wird die Stadt Plauen gerecht, indem die Notunterkünfte vorgehalten werden.

In erster Linie richtet sich das Angebot der Notunterkünfte an diejenigen, die ohne festen Wohnsitz in der Stadt Plauen gemeldet sind. Wenn jemand ohne festen Wohnsitz in die Stadt Plauen einreist und sich aber vorher in einer anderen Gemeinde aufgehalten habe, wäre es vorrangig Aufgaben dieser Gemeinde, entsprechende Abhilfe zu schaffen. Es erfolgt jedoch immer eine Prüfung im Einzelfall. In der Praxis seien auswärtige Betroffene nicht das Thema, sondern eher Betroffene von Zwangsräumungen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, begrüßt im Namen seiner Fraktion ebenfalls die von der Stadtverwaltung Plauen ergriffene Initiative, bessere Bedingungen für Notunterkünfte herzustellen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, ist froh, dass es nun endlich eine Verbesserung der Situation gäbe.

Stadtrat Legath fragt nach, ob man sich beim Erstellen der vorliegenden Satzung vom Umfang her „monetär“ oder in Bezug auf die Formulierungen nach der alten Satzung gerichtet hat.

Stadtrat Legath fragt nach, ob die Nutzer die höheren Kosten der Einrichtung tragen müssen, wenn sie von einer günstigeren Einrichtung dorthin wechseln.

Weiterhin möchte er wissen, was passiert, wenn eine betroffene Person über gar keine Mittel verfügt und die entsprechende Gebühr nicht (lt. Satzung) innerhalb von drei Tagen entrichten könnte. Wäre es in diesem Falle möglich, nach Absprache mit allen Beteiligten eine Ratenzahlung zu vereinbaren bis die finanzielle Situation geklärt sei.

Herr Hoffmann antwortet, dass man sich an die rechtlichen Regelungen der bisherigen Satzung orientiert habe. Die Gebühren folgen aus den Kosten, die der Stadt Plauen aus der Miete für das neue Gebäude entstehen.

Es fallen für die Betroffenen bei einer Verlegung immer die Kosten der aktuellen Unterkunft an. Der Sozialarbeiter der Stadt Plauen sei im engen Kontakt mit den Betroffenen – insbesondere zur finanziellen Situation. Es würde hinsichtlich der Beratung der Betroffenen etwas mehr geleistet, als das, wozu die Stadt Plauen verpflichtet sei. Die Bearbeitungszeit von Anträgen würde abgewartet.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Initiative-Fraktion, fragt nach, ob es einen Weg gäbe, die Nutzer der Notunterkünfte in Kenntnis zu setzen, dass es eine neue Einrichtung gibt.

Stadtrat Holtschke sei aufgefallen, dass seit einigen Monaten am Oberen Bahnhof in Plauen „obdachlose Menschen hausen“. Er fragt nach, ob es möglich sei, diese Menschen gezielt auf das neue Angebot anzusprechen.

Herr Hoffmann teilt mit, dass die betroffenen Bewohner individuell informiert wurden. Die Obdachlosen im Stadtgebiet Plauen werden auf die entsprechenden Hilfen hingewiesen. Viele haben diese aber nicht in Anspruch genommen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Erlass der Satzung über die Benutzung und Gebühren der Notunterkünfte Chrieschwitz der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-7

4.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2022 des EigB GAV
BSV-031/2024

Herr Lutz Armbruster, Leiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen fest.

Der Jahresfehlbetrag 2022 in Höhe von 210.655,04 EUR wird mit dem Bilanzgewinn 2021 in Höhe von 516.684,40 EUR verrechnet.

Der sich daraus ergebende Bilanzgewinn 2022 in Höhe von 306.029,36 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-8

4.6. Erschließung Flurstücke 437 und 438/4 der Gemarkung Neundorf - ehem. Rittergut
BSV-024/2024

Herr Lutz Armbruster, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, führt aus, dass dieses Grundstück schon länger im Besitz der Stadt Plauen sei. Er habe damals schon Bedenken geäußert, als dieses Grundstück angekauft wurde. Die damalige Vorlage hätte suggeriert, dass dieses Grundstück abwasserseitig bereits erschlossen sei. Er fragt nach, ob und wie dies vor dem Ankauf geprüft wurde. Weiterhin möchte er wissen, ob der Verkäufer damals behauptet hätte, dass dieses Grundstück erschlossen sei.

Stadtrat Legath fragt weiter nach, ob es Möglichkeiten der Rückforderung an den Verkäufer gäbe.

Stadtrat Legath geht davon aus, dass sich die entsprechenden Käufer an der Erschließung der Eigenheimstandorte finanziell beteiligen.

Herr Armbruster teilt mit, dass bezügliches des Ankaufs dieses Grundstückes in der Verwaltung recherchiert werden müsse, wie dies damals abgelaufen sei. Der Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung hat das Grundstück nach dem Ankauf durch die Verwaltung übernommen. Ob ein Grundstück erschlossen ist oder nicht, würde sich im Kaufpreis widerspiegeln.

Stadtrat Legath bittet um schriftliche Beantwortung seiner Anfragen.

Bei dem Kaufpreis, den die Stadt Plauen damals gezahlt hat, müsse man von einem erschlossenen Grundstück ausgehen.

Herr Markus Löffler, Leiter Fachbereich Bau und Umwelt, teilt mit, dass es sich um insgesamt sechs Baugrundstücke handelt.

Mit dem Ankauf wurde ein Wunsch des Stadtrates umgesetzt, Bauland für junge Familien zur Verfügung zu stellen.

Die Summe des damaligen Ankaufes würde sich durch die aktuellen Verkäufe dieser sechs Grundstücke refinanzieren. Zusätzlich würde auch das Grundstück für die dringend benötigte Feuerwache refinanziert.

Man sei zwar von einem voll erschlossenen Grundstück ausgegangen, habe aber in Gesprächen mit dem ZWAV festgestellt, dass die Fläche neu überplant und neue Anschlüsse verlegt werden müssen, wenn das Grundstück auch in den hinteren Bereichen mit erschlossen werden soll.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 90.000,00 EUR für die Maßnahme Erschließung Abwasser - Rittergut Neundorf (12-0000160).

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 02/24-9

4.7. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Außendarstellung der „Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus“ mit Weisbachschem Garten BSV-028/2024

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion zu dieser Vorlage.

Stadtrat Schwarz führt aus, dass der Hinweis in der Stellungnahme der Verwaltung richtig sei, dass beim Beschluss von nur drei Maßnahmen die Deckungsfähigkeit untereinander nicht mehr gegeben sei und bei Kostenverschiebung eine erneute Beschlussfassung notwendig würde.

Deshalb ergänzt die Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht ihren Änderungsantrag, Reg. Nr. 3-24 um folgenden 3. Beschlusspunkt:

3. Die Maßnahmen werden untereinander für deckungsfähig erklärt.

Stadtrat Schwarz kritisiert, dass der Stadtrat relativ spät erst zum Inhalt informiert wurde. Im Finanzausschuss hätte noch keiner gewusst, wie die Skulptur aussehen soll. Es sei die Frage aufgekommen, inwieweit diese Skulptur notwendig ist. Hierzu hätte es unterschiedliche Aussagen gegeben.

Stadtrat Schwarz versucht, diese Aussagen zu formulieren.

Es sei unglücklich gelaufen, dass drei Tage vor dem Hinweis des Fördermittelgebers, dass es unproblematisch sei, eine Pressemitteilung herausgegeben wurde, dass es zwingend notwendig sei, die Skulptur mit zu bauen, da man sonst die restlichen Außenanlagen auch nicht finanziert bekäme.

Stadtrat Schwarz bittet um Ausführungen hierzu durch Bürgermeisterin Wolf.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag und ein Informationsblatt zur Beschlussvorlage vor.

Bürgermeisterin Wolf trägt u. a. folgende Mitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus vor:

„Bezugnehmend auf unsere heutige Videokonferenz und die Frage, welche Auswirkung eine Reduzierung der Gesamtausgaben (infolge des evtl. Wegfalls der Skulptur) auf die Höhe der Förderung haben kann, teile ich Ihnen mit, dass mit einer anteiligen Reduzierung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn der Zuwendungszweck nicht wie ursprünglich geplant umgesetzt wird. Die mit Zuwendungsbescheid vom 24.07.2024 bewilligte Zuwendung (200 TEUR) umfasst derzeit einen Anteil von 48,35 Prozent an den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben (413,6 TEUR). Der Wegfall der Skulptur (145.700 EUR) hätte demnach eine Ermäßigung der Zuwendung von 74.797,45 EUR zur Folge.

Wir bitten Sie, das SMWK zu informieren, sofern sich tatsächlich Änderungen zur Fördermaßnahme ergeben sollten. In diesem Fall wäre dann auch ein aktualisierter Ausgaben- und Finanzierungsplan einzureichen. „

Bürgermeisterin Wolf führt weiter aus, dass zusätzlich mündlich vom o. g. Ministerium mitgeteilt wurde, dass es nicht sein könne, dass am Ende nur noch ein oder zwei Teilprojekte übrigbleiben könnten, da sonst der Gesamtantrag unschlüssig sei.

Daraus folgend habe Bürgermeisterin Wolf zum Antrag der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht Stellung genommen.

Bürgermeisterin Wolf teilt mit, dass die gesamte Förderung gefährdet sein könnte, wenn bei einer Einzelabstimmung der Projekte nur ein oder zwei davon übrigbleiben würden. Deshalb könne Bürgermeisterin Wolf eine separate Abstimmung der vorgesehenen Projekte nicht empfehlen.

Bürgermeisterin Wolf äußert sich zur Pressemitteilung der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht. Dort wäre „unterstellt“ worden: „...stellt sich die Frage, ob Frau Wolf als Baubürgermeisterin bewusst gelogen hat...“.

Dazu entgegnet Bürgermeisterin Wolf, dass sie alle Tatsachen erläutert habe. Die Mitteilung des Ministeriums sei zur Kenntnis gegeben und alle notwendigen Fakten mitgeteilt worden.

Bürgermeisterin Wolf bietet an, immer im direkten Gespräch mit ihr zu argumentieren, bevor eine Pressemitteilung herausgegeben würde. Fragen würden gerne beantwortet.

Bürgermeisterin Wolf weist darauf hin, dass Gelder aus zwei Fonds vom Ministerium bewilligt worden, für die keine unmittelbare Förderrichtlinie zugrunde läge.

Bürgermeisterin Wolf geht davon aus, dass in der ausgereichten Erklärung umfangreich zur Untersetzung der vorgesehenen Projekte informiert wurde.

Stadträtin Mary Wachsmuth, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, führt aus, dass im Vergabeausschuss klar gesagt worden wäre, dass alle Fördermittel wegfallen würden, wenn die Skulptur herausgenommen würde. Die o. g. Information vom Ministerium habe aber etwas Anderes dargelegt.

Stadträtin Wachsmuth habe dadurch den Eindruck erhalten, dass versucht würde, den Stadtrat „bewusst zu täuschen, weil Frau Wolf die Skulptur durchsetzen wolle“.

Wenn die Skulptur nicht beschlossen würde, fallen nach Meinung von Stadträtin Wachsmuth nicht nur die Fördermittel weg, sondern auch der Eigenanteil der Stadt Plauen von ca. 80.000 EUR.

Stadtrat Mathias Weiser, Vorsitzender der AfD-Fraktion, befürwortet im Namen seiner Fraktion den **Antrag, Reg. Nr. 3-24**. Der Wunsch auf Einzelabstimmung zu den Maßnahmen wird unterstützt.

Der städtische Eigenanteil für die Skulptur könnte nach Meinung von Stadtrat Weiser besser für andere Dinge genutzt werden, um mehr Besucher in die „Fabrik der Fäden“ zu bekommen. Eventuell könnten noch weitere Veranstaltungen ähnlich wie die „Nacht der Museen“ durchgeführt werden. Man könnte vielleicht auch die Zeit für den Abendtarif auf 2 Stunden erweitern.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, merkt an, dass die Außendarstellung der Verwaltung im Zusammenhang mit dieser Vorlage „nicht optimal“ – aus seiner Sicht sogar „in Teilen katastrophal“ gewesen sein. Stadtrat Gerbeth beschreibt dies kurz.

Inhaltlich könne Stadtrat Gerbeth persönlich der Argumentation der Verwaltung „in größeren Teilen folgen“. Trotz allem sollte aber klar sein, dass es sich um öffentliche Gelder handelt, über die hier entschieden werden soll.

Stadtrat Gerbeth bittet darum, zukünftig die Darstellung gegenüber den Gremien, die darüber zu entscheiden haben, besser aufzubereiten.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, bedauert, dass der Vorgang nicht im Kultur- und Sportausschuss vorberaten werden konnte. Dieser Ausschuss, der auch Betriebsausschuss für den Kulturbetrieb ist, wäre seiner Meinung nach dafür zuständig gewesen.

Die CDU-Fraktion sei zu den einzelnen Punkten nicht ganz einheitlicher Meinung. Insofern könne der Antrag der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht unterstützt werden.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik führt aus, dass der Beschluss zur Vorlage dahingehend ergänzt werden sollte, dass vor Beauftragung des Kunstwerkes eine Beratung im Kultur- und Sportausschuss sowie im Vergabeausschuss und ggf. im Stadtrat erfolgen sollte. Ein entsprechend vorbereiteter Antrag der CDU-Fraktion könnte ausgereicht werden, wenn die Verwaltung diesen Vorschlag nicht übernehmen wolle.

Frau Kerstin Karch, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Werdegang des Projektes zur Eröffnung der „Fabrik der Fäden“. Die Idee einer aussagekräftigen und touristisch stark anziehenden Skulptur habe von Anfang an zu diesem Projekt dazugehört. Daraus resultierte auch der Entwurf, den das Architekturbüro „Koko“ zur Verfügung gestellt hatte. Nach Bekanntwerden der Verfügbarkeit von Mitteln aus dem „Mauerfonds“ habe sich die Verwaltung eine Grobschätzung für solch eine Skulptur von einem Plauener Künstler erstellen lassen. Es sei immer vorgesehen, dass Künstler erst dann angefragt werden sollten, wenn auch die Finanzierung komplett klar sei (inkl. Eigenanteil). Die entsprechenden Entwürfe sollten dann dem Kultur- und Sportausschuss vorgelegt werden.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, hält es für richtig, eine gute Außenwerbung für die „Fabrik der Fäden“ zu machen und möglicherweise dafür Fördermittel zu bekommen. Was für ihn nicht nachvollziehbar sei, ist der gewählte Standort an der Hofwiesenstraße. Die Skulptur würde erst sichtbar werden, wenn sich Besucher bereits in unmittelbarer Nähe der „Fabrik der Fäden“ befänden. Weitere Bedenken äußert Stadtrat Eckardt bezüglich möglicher Vandalismus-Schäden an dieser Skulptur.

Stadtrat Eckardt könnte sich gut vorstellen, eine Lichtinstallation am Wasserturm im „Hempelschen Areal“ anzubringen, um für die „Fabrik der Fäden“ Werbung zu machen.

Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, merkt an, dass diese Diskussion nicht zur Klarheit beitragen würde, da verschiedene Informationen der Verwaltung vorlägen.

Stadträtin Zierold fragt nach wie die geplante Struktur aussehen soll. Sie möchte wissen, ob es einen Ideenwettbewerb und eine Jury geben soll. Weiterhin sei es wichtig, auch über die Folgekosten zu sprechen.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Initiative-Fraktion, denkt, dass bei der Information zu diesem Thema schon Fehler gemacht worden seien. Auf dem Antrag der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht sei eine Zustimmung der Verwaltung zum Antrag vermerkt aber die Stellungnahme zum Antrag sagt aus, dass dem Antrag nicht stattgegeben werden solle.

Stadtrat Holtschke vertritt die Meinung, dass trotzdem der Vorlage zugestimmt werden sollte, um kein falsches Signal bezüglich der Bereitstellung von Fördermitteln nach Dresden zu senden.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fragt an, ob man sich bei der schwierigen Haushaltslage eine Skulptur leisten könne, die „nur ein Wegweiser“ für ein Gebäude wäre, welches ca. 500 Meter weiter hinten zu sehen sei.

Stadtrat Legath fragt folgendes nach: Wenn ein Fördermittelgeber einen entscheidenden Passus nicht bescheinigt, warum wurde dieser nicht durch die Verwaltung nachgefordert? Derzeit habe man einen schriftlichen Fördermittelbescheid, welcher klar sagen würde, dass es förderunschädlich sei, die Skulptur aus der Planung herauszunehmen. Dagegen stünde die Aussage von Bürgermeisterin Wolf, dass dies doch förderschädlich wäre.

Weiterhin wurde ein direkter Kontakt der Verwaltung mit den Fraktionen dargelegt, welcher nach Meinung von Stadtrat Legath nicht stattgefunden habe.

Stadtrat Legath führt weiter aus, dass er dem Vorschlag von Stadtrat Eckardt bezüglich eines anderen Standpunktes für die Lichtinstallation folgen könne.

Stadtrat Legath merkt an, dass beim Beschluss des 5. Nachtrages zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die „Fabrik der Fäden“ gesagt wurde, dass dies der Letzte sei. Nun würde nach Meinung von Stadtrat Legath der 6. „letzte“ Nachtrag vorliegen. Er hofft, dass man dieses Projekt endlich abgeschlossen werden könnte.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt nach, wer für das Zusperrern des historischen Zaunes zuständig sein wird und wer kontrolliert, dass sich dann niemand mehr in diesem doch sehr großen Gelände aufhält.

Stadträtin Knabe bittet zu bedenken, dass man nicht nur fragen sollte, welches Bild die Stadt Plauen nach Dresden abgeben würde, sondern auch, welches Bild die Plauener bekommen. Sie weiß, dass mit diesem Projekt etwas Gutes gewollt ist. Dies sei aber aufgrund der schwierigen Haushaltslage den Bürgern schlecht zu vermitteln.

Stadtrat Knabe fragt nach, ob die Vorlage heute von der Tagesordnung zurückgezogen werden könne, um die Sachlage noch einmal zu klären.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die Gelder bis Jahresende 2024 verplant sein müssten. Somit könne diese Vorlage nicht zurückgezogen werden.

Bürgermeisterin Wolf spricht zu den Ausführungen von Stadträtin Wachsmuth. Die Informationen, welche im Vergabeausschuss gegeben wurden, waren nichtöffentlich. Bürgermeisterin Wolf weist darauf hin, dass Stadträtin Wachsmuth diese nichtöffentlichen Informationen heute kundgetan habe.

Bürgermeisterin Wolf könne dem Vorschlag von Stadtrat Eckardt folgen. Dieser Vorschlag könne gemeinsam mit dem Kulturbetrieb diskutiert werden.

Bürgermeisterin Wolf könne auch dem Vorschlag/Antrag von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik folgen. Die Unterlagen sollten nach erfolgter Ausschreibung präsentiert werden.

Bürgermeisterin Wolf führt zu den Fragen von Stadträtin Zierold aus. Wer an dem Prozedere beteiligt werden soll, könne gerne mit den Stadträten im Kultur- und Sportausschuss diskutiert werden. Dies könne aber erst passieren, wenn die Mittel endgültig verfügbar seien.

Bürgermeisterin Wolf teilt zu den Anmerkungen von Stadtrat Weiser mit, dass mit dem Fördermittelgeber immer abgesprochen werden müsse, wofür die Gelder genutzt werden können.

Stadträtin Wachsmuth kann nachvollziehen, dass sie eine Aussage aus dem nichtöffentlichen Teil des Vergabeausschusses bekanntgegeben habe. Dies würde aber nicht die „Lüge legitimieren“. Wenn nach Meinung von Stadträtin Wachsmuth im nichtöffentlichen Teil des Vergabeausschusses „Lügen“ mitgeteilt würden, sei dies sehr bedenklich und würde die Glaubwürdigkeit von Bürgermeisterin Wolf in Frage stellen.

Bürgermeisterin Wolf möchte diese Aussage gerne gemeinsam mit Stadträtin Wachsmuth klären und spricht hierzu eine Einladung aus. Dies sei kein Thema für den öffentlichen Teil einer Stadtratssitzung.

Bürgermeisterin Wolf weist entschieden zurück, dass sie gelogen hätte.

Stadtrat Eckardt fragt zum Prozedere der Abstimmung nach. Er fragt nach, ob sein Vorschlag in den Beschlusstext der Vorlage einfließen könne.

Oberbürgermeister Zenner bittet um schriftliche Vorlage, da es sich um einen Antrag zur Änderung des Beschlusstextes handeln würde.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, reicht folgenden Änderungsantrag ein:

Beschlussvorschlag des Änderungsantrages der CDU-Fraktion:

Zu Punkt 1 des Projektes (beleuchtetes Kunstwerk)

Vor Beauftragung der Realisierung ist ein erneuter vorbereitender Beschluss des Stadtrates herbeizuführen.

Stadträtin Wachsmuth äußert sich erneut zur Diskussion mit Bürgermeisterin Wolf und dass nun ihr selbst das Lügen unterstellt würde. Im Vergabeausschuss hätte es klar geheißen, wenn die Skulptur wegfällt, würden auch die Fördermittel komplett wegfallen. Dies hätte ein Telefonat mit dem Fördermittelgeber ergeben. Dies sei ihrer Meinung nach „gelogen“ gewesen.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt dringend, die Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen zu lesen. Es gäbe eine klare Regelung zur Nichtöffentlichkeit. Gleichzeitig empfiehlt er dringend, einen Termin zur Aussprache mit Bürgermeisterin Wolf wahrzunehmen, um die Dissonanzen zu regeln.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, überreicht folgenden Änderungsantrag:

Beschlussvorschlag

Punkt 1 - Installation eines Kunstwerkes in der Nähe des „Weisbachschen Hauses“.

Oberbürgermeister Zenner unterbricht an dieser Stelle die Sitzung für 5 Minuten, um die Anträge bewerten und ggf. einarbeiten zu können.

Oberbürgermeister Zenner ruft als erstes den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht zur Abstimmung auf. Alle 3 Punkte werden im Block abgestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag, Reg. Nr. 3-24:

1. Die für die Mehraufwendungen der im Sachverhalt der Beschlussvorlage BSV-028/2024 genannten Maßnahmen 1. bis 4 werden Teil des Beschlusstextes.
2. Die Maßnahmen der BSV-028/2024 werden durch den Stadtrat einzeln abgestimmt.
3. Die Maßnahmen werden untereinander für deckungsfähig erklärt.

**Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen; 13 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 02/24-10**

Nunmehr ruft Oberbürgermeister Zenner die Beschlussvorlage mit den eingereichten Änderungsanträgen zur Abstimmung auf.

Stadtrat Weiser fragt nach, ob es nicht besser wäre, zuerst über die Skulptur und danach über die Änderungsanträge abzustimmen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen den Punkt 1 der Beschlussvorlage ändern.

Stadtrat Jens Heinritz, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, merkt an, dass jetzt über ein Kunstwerk für 154.700 EUR entschieden werden soll. Es würde also mit dem Beschluss nichts an der Summe geändert werden, welche aber bemängelt würde.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor über Kosten **bis zu** 154.700 EUR zu entscheiden. Man könne bei Ausschreibungen noch finanzielle Parameter setzen.

Oberbürgermeister Zenner verliest nun den geänderten Beschlusstext und lässt einzeln über die vier Beschlusspunkte abstimmen.

Zum Beschlusspunkt 4. der Vorlage merkt Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik an, dass sich die Beschilderung auf das touristische „braun/weiß“, welches international üblich sei, konzentrieren sollte. Zu den bisher angebrachten Schildern in grüner Farbe hätte es bereits Nachfragen aus der Bevölkerung gegeben.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass es nicht nur um die klassischen touristischen Schilder (braun/weiß) ginge. Es gäbe hier mehrere Herausforderungen. Es sei wichtig, eine gewisse Einheitlichkeit darzustellen und die gesamte Elsteraue als touristisches Highlight der Stadt Plauen aufzuzeigen, z. B. auch durch angebrachte QR-Codes.

Beschluss zur BSV-028/2024 (geänderter Beschlusstext gemäß eingereicherter Anträge):
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für:

1. Die Installation eines Kunstwerkes an einem noch zu benennenden Ort, welche als Hinweis bzw. Ankündigung des Weisbachschen Hauses dienen soll bis zu 154.700 EUR.
Vor Beauftragung der Realisierung ist ein erneuter vorberatender Beschluss des Stadtrates herbeizuführen.

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-11**

2. Die Beleuchtung/Gestaltung, um das Kunstwerk besser sichtbar machen und auch in der dunklen Jahreszeit auf das Weisbachsche Haus aufmerksam zu machen in Höhe von 1.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-12

3. Die Fertigstellung des letzten noch nicht restaurierten/sanierten Teilstückes des Zaunes am Weisbachschen Garten. Um eine zukünftige Nutzung durch die Besucher zu gewährleisten in Höhe von 237.933,36 EUR.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 02/24-13

4. Die Beschilderung/Ausschilderung der Fabrik der Fäden (Stelen, Hinweisschilder) im Stadtgebiet für 20.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-14

4.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für die Unterhaltung der Gemeindestraßen BSV-016/2024

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 95.000,00 EUR in der Buchungsstelle 19E-000017, 2-60-502/541000/4221000/7221000 für die Unterhaltung der Gemeindestraßen.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 02/24-15

4.9. Antrag der CDU-Fraktion (alte Wahlperiode) - Prüfung bez. Umsetzung „Thomas-Küttler-Platz“ mit Gedenktafel und Straßenschild, Reg.-Nr. 405-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Zenner befürwortet den Antrag im Namen der Verwaltung.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates am heutigen Tage soll bis zum 04.12.2024, dem 5. Todestag von Herrn Superintendent Thomas Küttler, die Weihe des Platzes vorgenommen werden.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgendes zur Umsetzung zu prüfen:

Der Bereich am Denkmal „Friedliche Revolution in Plauen“ wird „Thomas-Küttler-Platz“ genannt, mit der Anbringung einer Gedenktafel zu seinem Wirken und einem Straßenschild.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 02/24-16

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, wurde von einem Bürger zur Verkehrssituation an der Kreuzung Chamissostraße angesprochen. Hier wäre aktuell nur eine Spur frei. Die Linksabbieger und die Geradeaus-Fahrer müssten sich eine Spur teilen. Der Verkehr würde sich dadurch weit zurückstauen.

Stadtrat Schwarz fragt nach, ob während der o. g. Sperrung speziell die Ampelphase umgestellt wurde. Weiterhin fragt er nach, ob bei Fahrbahnverengungen allgemein reagiert und die Ampelphase entsprechend geändert wird, so dass für die verbliebenen Spuren ein sinnvoller Verkehrsfluss garantiert ist.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fragt nach, was das Jugendamt konkret unternimmt bezüglich der Situation in der Innenstadt (TOP 1.6. Bericht Polizeipräsident zu Jugendkriminalität). Er fragt weiter nach, ob und wie oft der Austausch zu diesem Thema erfolgt.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Er schlägt vor, das Jugendamt des Vogtlandkreises zu einer Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses einzuladen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fragt nach, wie die Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau des Einkaufszentrums in der Südvorstadt und der weiteren Entwicklung einbezogen werden.

Weiterhin fragt er nach, wo sich die nächsten Möglichkeiten zum Einkaufen (Waren des täglichen Bedarfs) befinden. Weiter weg gelegene Einkaufsmöglichkeiten seien mit dem öffentlichen Personennahverkehr nur eingeschränkt erreichbar.

Stadtrat Legath möchte wissen, ob es vor Ort in der Südvorstadt eine zwischenzeitliche Ersatzlösung gäbe.

Herr Markus Löffler, Leiter Fachbereich Bau und Umwelt, antwortet, dass der Betrieb des Einkaufsmarktes „Penny“ in der Südvorstadt zum Jahresende 2024 eingestellt werden soll, um Umbaumaßnahmen am Gebäude durchführen zu können. Der Antrag auf Baugenehmigung liegt bereits vor. Der Projektentwickler hat aber noch einige Unterlagen nachzureichen. Deshalb wird voraussichtlich noch keine Baumaßnahme zum Jahresbeginn 2025 stattfinden. Weiterhin müsse noch ein Grundstücksverkauf hierzu auf den Weg gebracht und im Finanzausschuss beschlossen werden. Die Vorbereitungen hierzu laufen bereits.

Es wurde signalisiert, dass es für die Zeit der Umbaumaßnahmen eine mobile Einkaufsvariante geben soll. Diese sei aber noch nicht final definiert und sei abhängig von der Ausschreibung und der Länge der Bauphase.

Sobald alle Unterlagen vorliegen, der Grundstücksankauf und der Bauantrag geklärt sind, soll es (gemäß Antrag der CDU-Fraktion) eine Informationsveranstaltung für die Anwohner zu diesem Projekt in der Südvorstadt geben.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, spricht die gemeinsame Sitzung von Kultur- und Sportausschuss und Bildungs- und Sozialausschuss am 24.10.2024 an. Sie fragt nach, ob es sinnvoller wäre nur eine Tagesordnung für beide Ausschüsse zu erstellen.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass dies nicht möglich wäre, da es sich um zwei Ausschüsse handelt, die getrennt eingeladen werden müssten. Der Tagungsleiter müsse dafür Sorge tragen, dass die Ausschussmitglieder wissen, wann die Themen zu ihrem Ausschuss an der Reihe sind.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt nach, ob in Plauen derzeit Personen leben bzw. gemeldet sind, die ausreisepflichtig sind. Weiterhin fragt er nach, ob in Plauen Personen leben bzw. gemeldet sind, die als Risikopersonen aus dem Bereich des islamistischen Terrors gelten.

Oberbürgermeister Zenner antwortet zur ersten Frage, dass es diese Personen gibt. Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu beiden Fragen zu.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, spricht zur schwierigen Situation der ärztlichen Versorgung in der Stadt Plauen. Speziell spricht er eine Arztpraxis an, die durch Mutterschutz einer Mitarbeiterin nicht vollständig besetzt werden könne. Hier hätten sich teilweise „meterlange Schlangen“ von Wartenden gebildet. Er fragt nach, was getan werden könne, um Abhilfe zu schaffen. Laut Kassenärztlicher Vereinigung sei die Stadt Plauen bei 85 % der Abdeckung für hausärztliche Betreuung.

Welche Vorstellungen hat die Stadt Plauen, hier entgegen zu wirken?

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass die Situation der Verwaltung bekannt sei. Als Stadtverwaltung könne man nur mit begrenzten Mitteln darauf einwirken. In erster Linie sei hier die Kassenärztliche Vereinigung (KV) in der Verantwortung.

Bürgermeister Kämpf hat bereits mehrfach schriftlich gegenüber der KV diese Problematik im Hausarzt- und im Kinderarztbereich deutlich gemacht und um Lösungen gebeten. Er war auch bereits persönlich in Chemnitz und habe mit Vertretern der KV darüber gesprochen. Die KV sei bemüht, Abhilfe zu schaffen.

Es werde aber immer wieder darauf hingewiesen, dass es für den gesamten Versorgungsraum keine Unterversorgung gäbe. Es würde nur eine „drohende Unterversorgung“ im Bereich der Kinderärzte bestehen. Hier bestünde aber nach Meinung der KV für die Eltern die Möglichkeit z. B. nach Reichenbach auszuweichen. Diese Aussage sei aber für die Stadtverwaltung Plauen nicht zufriedenstellend. Bürgermeister Kämpf habe offen kommuniziert, dass man sich hier eine andere Vorgehensweise wünsche.

Bürgermeister Kämpf sei ebenfalls mit Studierenden im Bereich der Kindermedizin sowie mit dem Bethanien Krankenhaus Plauen im Gespräch, um entsprechende Kontakte herstellen zu können.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass der so genannte „Sicherstellungsauftrag“ der Kassenärztlichen/Kassenzahnärztlichen Vereinigungen obliegen würde.

Stadtrat Thomas Salzmänn, CDU-Fraktion, fragt nach, ob der Stadtverwaltung bekannt sei, dass die Leuchtschrift „Plauener Spitze – bekannt auf dem Weltmarkt“ defekt sei.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, antwortet, dass dies bekannt sei. Bei den Buchstaben „elt“ im Wort Weltmarkt würde die Stromzufuhr gestört sein. Dies wurde an die Firma Karalux, welche das Objekt erstellt hat, mitgeteilt. Auch mit dem Auftraggeber, der Wüstenrot Stiftung sei man dazu im Gespräch, um die Leuchtschrift zeitnah reparieren zu können.

Stadtrat Markus Witte, AfD-Fraktion, war als Anwohner direkt vom Wohnhausbrand am Goetheplatz betroffen. Er bedankt sich bei allen beteiligten Feuerwehren und möchte ausdrücklich hervorheben, wie hervorragend die Arbeit der Feuerwehren war, welche die ganze Nacht „gekämpft haben“. Dies sei nach Meinung von Stadtrat Witte in der Zeitung sehr schlecht herübergebracht worden. Dort hätte sinngemäß gestanden, dass ca. 1 Stunde gelöscht worden sei. Die Anwohner wurden ca. 3 Uhr in der Nacht evakuiert und konnten erst morgens 10 Uhr in ihre Wohnungen zurück.
Stadtrat Witte bedankt sich bei den beteiligten Feuerwehren, welche eine sehr gute Arbeit geleistet haben.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass in dieser Zeit Frau Bürgermeisterin Wolf in Vertretung des Oberbürgermeisters im Amt war und die Situation sehr gut gemanagt habe.
Oberbürgermeister Zenner bedankt sich ebenfalls bei den Feuerwehren.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Sven Gerbeth
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Mathias Weiser
Stadtrat